

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

Die Stasi sammelte über ihr Netz an Inoffiziellen Mitarbeitern Informationen über Auffälligkeiten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt vieler Bundesbürger im Bezirk Suhl.

Mit dem Bau der Berliner Mauer und der Verstärkung der innerdeutschen Grenze 1961 wurden die Grenzmaßnahmen zwischen der Bundesrepublik und der DDR drastisch verschärft. Die Grenze wurde zur Todeszone ausgebaut, Reisen in die Bundesrepublik waren für den Normalbürger nicht mehr möglich. Erst ab dem 9. September 1964 beschloss der Ministerrat der DDR, dass Rentner einmal im Jahr mit Besuchserlaubnis für höchstens vier Wochen Verwandte in der Bundesrepublik besuchen durften.

Im Rahmen der veränderten Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt wurden Anfang der 70er Jahre eine Reihe von Verträgen zwischen der DDR, der Bundesrepublik und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs geschlossen, die auch zu einer Verbesserung des Reiseverkehrs führten. Diese Vereinbarungen ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik, mehrmals im Jahr zu besuchswesenen oder touristischen Zwecken in die DDR einzureisen.

Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR führte auch zur Eröffnung von vier neuen Grenzübergangsstellen (GÜST): Salzwedel/Uelzen, Worbis/Duderstadt, Eisfeld/Coburg und Meiningen/Bad Neustadt, letztere beiden im Bezirk Suhl gelegen. Diese Maßnahmen resultierten in einer erhöhten Reisetätigkeit von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl.

Am 21. Juni 1973 wurden mit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrags die GÜST Eisfeld/Rottenbach und Meiningen/Eußenhausen eröffnet. Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik konnten nun im Wechselverkehr mit Bussen und PKW ein- und ausreisen, während DDR-Bürgerinnen und -bürger in "dringenden familiären Angelegenheiten" Verwandte in der Bundesrepublik besuchen durften. Der Leiter der BV Suhl berichtete von Problemen mit den einreisenden Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik.

Signatur: BArch, MfS, BV Suhl, AKG, Nr. 17, Bd. 6, Bd. 6, Bl. 73-79

Metadaten

Datum: 22.8.1973

Rechte: BArch

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT	
Bezirksverwaltung Suhl	BStU 000073

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Suhl, den 22.08.1973

7 Blatt

1. Exemplar

Nr. 116 / 73



BERICHT

über

einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch
Bürger der BRD in den Bezirk Suhl

In der Zeit vom 08.08.1973 - 21.08.1973 sind über die
GÜST Meiningen

1086 Personen mit 162 PKW

GÜST Eisfeld

2371 Personen mit 419 PKW

in den Bezirk Suhl eingereist.

Schwerpunkte bei den Tageseinreisen sind die Kreise Sonneberg, Hildburghausen und Meiningen.

Zu Konzentrationen eingereister BRD-Bürger ist es bisher besonders in Sonneberg und Eisfeld gekommen.

In den Städten Sonneberg und Eisfeld kann eine zeitweilige Überfüllung der gastronomischen Einrichtungen festgestellt werden, was auf den verstärkten Besucherverkehr aus der DDR zurückzuführen ist, seitdem diese beiden Städte aus dem Sperrgebiet herausgenommen wurden.

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

- 2 -

BStU
033674

Diskussionen von BRD-Bürgern in Gaststätten in Eisfeld zeigen, daß sie das preisgünstige Speisenangebot im Vergleich zur BRD positiv herausstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Minoltankstelle in Eisfeld (die einzige im Ort), dort bilden sich zeitweise Autoschlangen von 30 - 50 PKW. Das hat seine Ursache darin, daß die meisten BRD-Besucher von ihren Verwandten und Bekannten mit PKW in Eisfeld abgeholt werden und diese die Tankmöglichkeiten in Eisfeld nutzen.

Diese Vermutung wird bestätigt, durch die geringe Nutzung des Taxi- und Busverkehrs an beiden GÜST.

Es zeigt sich, daß täglich bis zu 200 Personen aus der BRD, die zu Tageseinreisen in den Bezirk Suhl kommen, sich in Eisfeld aufhalten. Obwohl der überwiegende Teil von hier aus die Weiterreise (Schwerpunkt in Richtung Sonneberg) antritt, erfolgt in der Regel vorher eine Besichtigung der Stadt Eisfeld.

Der Kauf von Waren durch BRD-Bürger konzentriert sich auf Schuhe, Kunstgewerbegegenstände und Kleinlederwaren.

Diese Artikel seien in der BRD teurer und würden dort auch in einer relativ schlechten Qualität angeboten.

Die Gaststätten HOG "Wintergarten" und "Adler" bilden den Konzentrationspunkt von BRD-Bürgern in Eisfeld.

Im Kreis Meiningen konzentrieren sich die meisten Einreisen auf Tagesaufenthalt auf die Orte Meiningen, Wasungen, Römhild und Helmershausen.

Nach Römhild und Helmershausen, die bis zum Herbst 1972 zum Grenzgebiet gehörten, reisen vor allem solche Personen ein, die die DDR ungesetzlich verlassen haben.

Im Kreis Hildburghausen wurde die Feststellung getroffen, daß sich etwa 10 % der einreisenden BRD-Bürger mit Bekannten und Verwandten aus dem Grenzgebiet treffen.

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

- 3 -

BStU
000075

Die Zusammenkünfte erfolgen vorwiegend in Gaststätten in Hildburghausen, in den Orten Weitersroda, Simmershausen, Gleichamberg, Gleicherwiesen und in Eisfeld.

In der letzten Zeit mehren sich die Beispiele, daß BRD-Bürger ihren Aufenthalt in unserem Bezirk zur politisch-ideologischen Diversions, zur Verherrlichung der westlichen Verhältnisse und zur Beeinflussung unserer Bevölkerung im Sinne der westlichen "gesamtdeutschen Konzeption" benutzen. Bei politischen Gesprächen versucht man die Probleme der friedlichen Koexistenz in den Hintergrund zu drängen und die Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und der daraus objektiv resultierenden Abgrenzung zu ignorieren.

Das zeigt sich in folgenden Äußerungen und Argumenten:

- Uns geht es eigentlich unter den Verhältnissen in der BRD ganz gut, warum dann diese Trennung?
- In der BRD kümmere sich niemand um die Lenkung und Leitung bestimmter Prozesse.
- Nach Arbeitsschluß beginnt bei uns die Freizeit und "Freiheit". Niemand kann uns für irgendwelche Überstunden, gesellschaftliche Arbeit und Ähnliches zwingen.
- Meister und Abteilungsleiter in den Betrieben der BRD sind nur für arbeitstechnische Fragen zuständig und nicht wie in der DDR für politische Erziehung usw.
- Die Fragen des gegenseitigen Besuches und der menschlichen Erleichterungen müßten weiter ausgebaut werden.
- Wenn die SPD-Regierung noch 12 Jahre regiert, wird sich auch in der BRD vieles zugunsten der Werkältigen ändern.
- Es wird viel auf das alte Zusammengehörigkeitsgefühl ange spielt (Verwandte, Schulkameraden, Jugendfreunde, Nachbarn, Kriegskameraden usw., die auch von eingereisten BRD-Bürgern aufgesucht werden).

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

- 4 -

GStU
030076

Die Reaktion der Bevölkerung des Bezirkes Suhl zum Reiseverkehr ist weiterhin sehr unterschiedlich.

Einerseits werden die Einreisen sowohl im Wechselverkehr als auch zu Tagesaufenthalten ohne besondere Diskussionen als vollendete Tatsachen hingenommen.

Andererseits gibt es jedoch bei einem Teil unserer Bürger auch weiterhin Befürchtungen, daß durch die ansteigenden Einreisen bestimmte Schwierigkeiten und Komplikationen bei uns eintreten könnten.

Das zeigt sich in folgenden Argumenten:

- Es ist nicht in Ordnung, daß wir alle DDR-Verräter wieder hereinlassen. Spätestens auf dem nächsten Parteitag werden wir das wieder bereuen. (Diskussionen von Mitarbeitern der VVB Spielwaren Sonneberg),
- Personen, die keine verwandtschaftlichen Beziehungen in die BRD haben, äußern, daß durch die vielen Einreisen aus der BRD und die Aufhebung des Sperrgebietes die früher in Sonneberg herrschende "Ruhe" vorbei wäre.

In einer Beratung der Orts- und Stadtvorsitzenden der NDPD des Bezirkes Suhl in Meiningen wurden von den Ortsvorsitzenden der Städte Meiningen, Sonneberg und Eisfeld folgende Diskussionen geführt.

Sie erkennen die Erleichterungen, die mit der Eröffnung der beiden GÜST erreicht wurden, an, stellen jedoch gleichzeitig die Frage, ob auch seitens unseres Staates berücksichtigt werden wäre, daß dadurch einige Versorgungsprobleme auf uns zukommen.

Sie befürchten, daß es in der Versorgung mit Lebensmitteln bald Schwierigkeiten geben wird, da die einreisenden BRD-Bürger unsere Gaststätten überschwemmen, weil bei uns die Speisen bedeutend billiger sind wie in der BRD und die DDR-Bürger wiederum das Nachsehen haben.

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

- 5 -

BStU
000877

Der überwiegende Teil der bekanntgewordenen Diskussionen zeigt jedoch, daß man mit der jetzigen Regelung nicht einverstanden ist und weitere Forderungen auf sog. "menschliche Erleichterungen" stellt.

Von Personen, die im Staatsapparat oder mittleren leitenden Funktionen tätig sind, wird vielfach folgende Meinung vertreten:

Die Bestimmungen, keinen Westbesuch zu empfangen, bringen bei vielen Bürgern Unruhe und Zweifel hervor. Um nicht anzuecken und die Meldepflicht zu umgehen, trifft man sich bei Verwandten mit den aus der BRD eingereisten Personen.

In dieser Hinsicht zeigt sich eine steigende Tendenz, wo bei überwiegend Rentner als Antragsteller in Erscheinung treten. Andererseits zeigen sich bei Geheimisträgern und Angestellten staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen Befürchtungen, daß sie von "unerwarteten Besuchen" überrascht werden und für sie Nachteile im beruflichen Leben entstehen.

Es gibt bereits erste Feststellungen, daß solche Funktionäre mit Tageseinreisenden aus der BRD konfrontiert wurden.

Es wurden bekannt:

[REDACTED]
1
[REDACTED]

Leiter der DVA Hildburghausen
Betriebsleiter VEB Zeiss Eisfeld
Planungsleiter VEB Zeiss Eisfeld

Von diesen distanzierte sich lediglich [REDACTED] und bezog eine parteiliche Haltung, indem er sich weigerte, mit einem eingereisten BRD-Bürger zusammenzutreffen.

Aus dem Kreis Sonneberg wurde bekannt, daß ein aus der BRD eingereister Bürger, der ehemals in Mengersgereuth-Hämmern wohnhaft war, die Betriebsleiter der neu gebildeten VEB Plast- und Holzschrifte ([REDACTED]) sowie VEB Puppen- und Tieraugen ([REDACTED]) in ihren Wohnungen aufsuchte.

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

BStU
000078

- 6 -

Der Mitarbeiter des Rates der Stadt Hildburghausen, Abteilung Kultur, [REDACTED], empfing mehrere Personen aus der BRD in seiner Wohnung und führte mit ihnen gemeinsame Spaziergänge durch.

Aus Anlaß des Besuches des ehem. Mitgliedes des Männerchores der Energieversorgung Meiningen, [REDACTED] 2 [REDACTED], der 1964 legal in die BRD verzogen ist, sollte ein Zusammentreffen mit den jetzigen Chormitgliedern organisiert werden. Dieses Treffen sollte im Speisesaal des Betriebes stattfinden, was jedoch vom Betrieb untersagt wurde. Daraufhin wandten sich die Organisatoren an die HOG "Meininger Hof", um dort einen separaten Gastraum benutzen zu können. Der Gaststättenleiter lehnte das ebenfalls mit dem Hinweis ab, daß keine organisierten Treffen mit BRD-Bürgern stattfinden können.

[REDACTED] 2 [REDACTED] erklärte hierauf:

"Wenn ich wieder in der BRD bin, werde ich die Öffentlichkeit informieren, wie ich hier behandelt wurde, daß ich nicht einmal mit alten Freunden zusammentreffen darf."

Organisatoren für das geplante Treffen waren der Kaderleiter der Energieversorgung Meiningen, Genosse [REDACTED], und der Kreischorleiter und Lehrer der EOS, [REDACTED].

In Ortschaften des Rhöngebietes des Kreises Meiningen wird unter der Bevölkerung darüber diskutiert, daß Geschenke, die von ihren Verwandten aus der BRD mitgebracht werden, ausschließlich Waren aus DDR-Produktion sind. Meistens sind diese Waren von der Firma Neckermann gekauft worden.

Bericht über einige Probleme im Zusammenhang mit Tageseinreisen durch Bürger der Bundesrepublik in den Bezirk Suhl

BStU

000079

- 7 -

Von den Bürgern wird kein Verständnis dafür aufgebracht, daß diese Waren, vorwiegend Silastik- und Dederon-Kleidungsstücke, in die BRD exportiert werden, obwohl in der DDR selbst hierfür ein großer Bedarf vorhanden ist. Es wird der Standpunkt vertreten, daß zunächst einmal der Bedarf der eigenen Bevölkerung gedeckt werden müßte.

Leiter der Bezirksverwaltung

R i c h a r d
Oberst